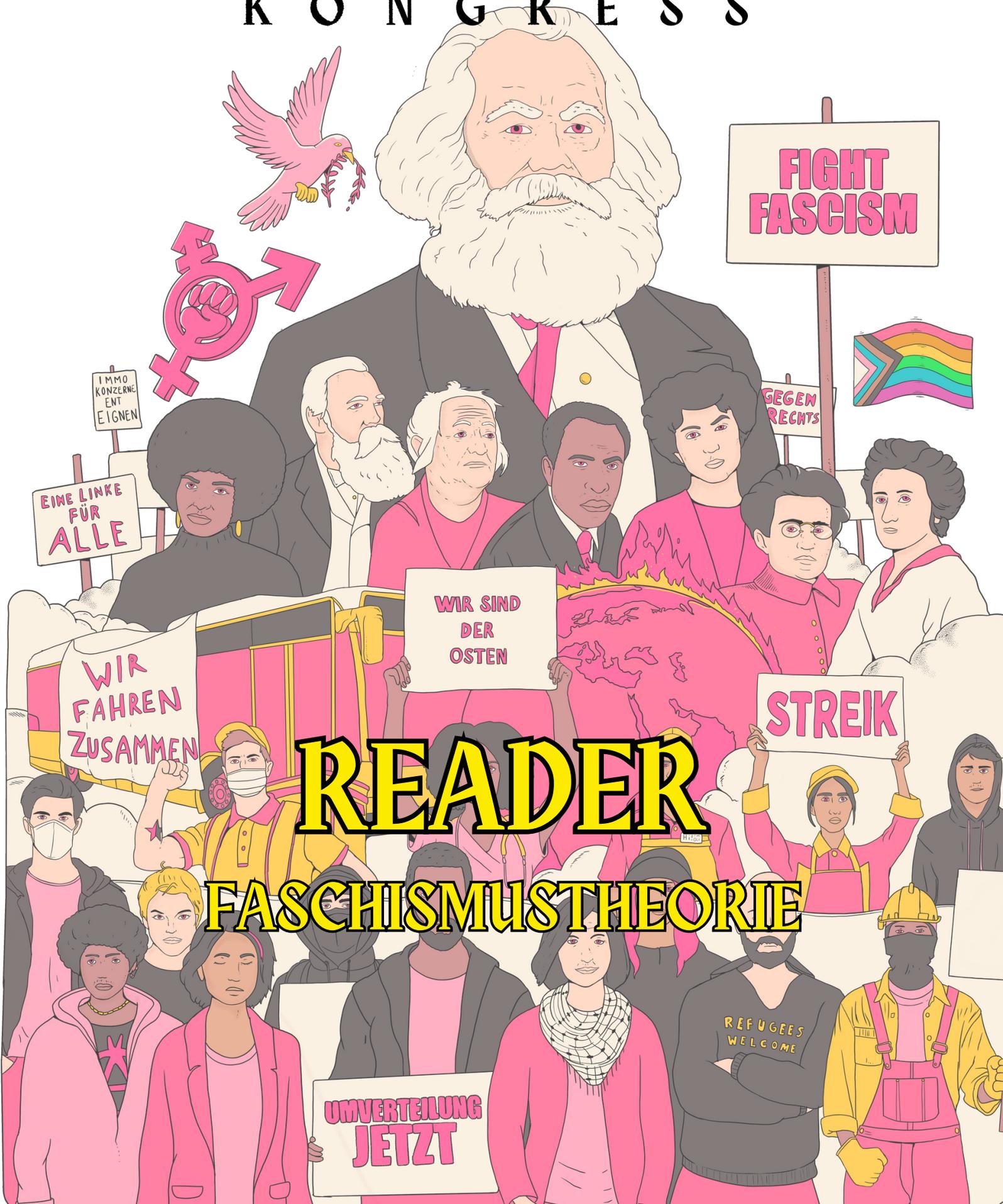


# MARX IS' MUSS

## K O N G R E S S



# READER

# FASCHISMUS THEORIE

## Teil 3: Was ist Faschismus?

# Aus „Nie wieder. Argumente im Kampf gegen Faschismus und Rassismus“

Volkhard Mosler, Werner Halbauer

---

Frankfurt/M.: SAG, 1992.

### Was ist Faschismus?

Einige Linke behaupten, dass Leute wie Kohl wegen ihrer rechten Politik Faschisten oder faschistoid seien, oder bestimmte Einheiten der Polizei oder die Ausländerpolitik der Bundesregierung, oder der Staat. Wenn wir heute von einer faschistischen Gefahr reden, dann nicht deshalb, weil es Demonstrationsverbote gegen Anti-Faschisten usw. gibt. Das gehört zum „normalen“ Instrumentarium jeder bürgerlichen Demokratie. Es ist vollkommen irreführend, den Herrschaftscharakter der bürgerlichen Demokratie zu verschleiern, indem man dessen repressiven, polizeistaatlichen Kern als „faschistisch“ bezeichnet.

Wie Marx und Engels bereits schrieben, ist auch bürgerliche Republik nichts anderes als eine Maschine zur Bereicherung der Reichen und zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Aber dennoch gibt es für die Arbeiterbewegung einen wichtigen Unterschied zwischen der bürgerlichen Demokratie und einer faschistischen Diktatur, auch wenn beides Formen kapitalistischer Herrschaft sind.

In den 30er Jahren, bevor Hitler an die Macht kam, behauptete die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), dass Deutschland bereits ein faschistischer Staat sei. Sie behauptete, dass Hitler nur ein weiterer rechter Maulheld sei. Aber wenn der deutsche Staat schon faschistisch war, warum sollte man dann besondere Anstrengungen machen, um die Machtergreifung Hitlers zu verhindern?

Sie mussten ihren Fehler in den Konzentrationslagern erkennen, als es zu spät war: Da waren die Gewerkschaften bereits total zerschlagen, ihre Büros verwüstet und viele aktive Gewerkschafter ermordet oder mit einem Fuß in den Konzentrationslagern der Faschisten und den Erschießungskellern der Gestapo.

Das zeigt, dass es verheerend sein kann, den Begriff „faschistisch“ für alle Formen gewaltsamer Unterdrückung durch den kapitalistischen Staat zu gebrauchen. Der Faschismus hat sich geschichtlich mit der Krise des Kapitalismus nach dem 1. Weltkrieg entwickelt. Er stützte sich in den 20er Jahren auf die durch die Krise ins Elend gestürzten Mittelschichten, die sich nach den großen Niederlagen der Arbeiterbewegung von 1919 bis 1923 dem Lager der offenen Konterrevolution anschlossen.

Die faschistische Bewegung benötigt zwei Bedingungen um die Machtfrage zu stellen.

### Erstens

Das Kapital muss entscheiden, dass es sich im Moment die Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie nicht mehr leisten kann. Unter den Bedingungen großer politischer Erschütterungen und einer tiefen Wirtschaftskrise muss die Bourgeoisie zur Überzeugung kommen, dass Anti-Streikgesetze, Lohnstopps und sonstige „legale“ Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeiterbewegung nicht mehr ausreichen, ihre Profite zu sichern. In einer solchen Situation sind die Kapitalisten bereit, den Faschisten freien Weg zu geben und sie finanziell zu unterstützen, ganz gleich wie geschmacklos sie die Methoden und Ideen der Faschisten einzeln auch finden mögen.

In einer Situation wie in Italien Anfang der 20er oder wie in Deutschland Anfang der 30er Jahre waren Armee und Polizei zu schwach und zu unzuverlässig, um die Profitinteressen der Kapitalisten mit einer Militärdiktatur zu sichern, insbesondere wenn wie nach den frischen Erfahrungen des 1. Weltkrieges und des gescheiterten Kapp-Putsches die Arbeiterbewegung einem neuen 2. Weltkrieg im Wege stand. Sie mussten befürchten, dass die Armee von der Arbeiterbewegung politisch zersetzt wird und die Arbeiterbewegung insgesamt die Macht des Kapitals in Frage stellt.

Die Voraussetzung für einen neuen imperialistischen Krieg war deshalb die totale Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen einschließlich der SPD und Gewerkschaften, gleichgültig wie weit deren Führungen bereit waren, nach rechts zu gehen.

[Trotzki schrieb 1933 in *Porträt des Nationalsozialismus*:]

Solange die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie und folglich von den Arbeitern abhängig war, enthielt das Regime aber immer noch Elemente des Kompromisses. Bald ließ die internationale und die innere Lage des deutschen Kapitalismus keinen Raum mehr für Zugeständnisse. Rettete die Sozialdemokratie die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution, so hatte der Faschismus seinerseits die Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie zu retten. Hitlers Umsturz ist nur das Schlussglied in der Kette der konterrevolutionären Verschiebungen.

Der eigentliche Aufstieg der Nazis zur Macht begann erst, als sich die Bourgeoisie 1932 nach Hitlers Auftritt vor dem Düsseldorfer Industrieclub entschlossen hatte, auf die terroristische Machtausübung der faschistischen Bewegung zu setzen, auch wenn dies bedeutete, einen Teil ihrer politischen Macht abzugeben, um überhaupt ihre Interessen gegenüber der Bevölkerung durchsetzen zu können.

Sie brauchten eine viel größere Armee von Menschen, die zahlreich und fanatisch genug war, die Gewerkschaften und deren Presse mit physischem Terror zu überziehen und aktive Gewerkschafter zu ermorden, um „ein für alle Mal“ die Gewerkschaftsorganisation zu zerschlagen.

## Zweitens

Die wirtschaftliche Krise muss so tiefgehend sein, dass die Existenz von Millionen von Menschen zerstört wird. Die wirtschaftliche Katastrophe muss kleine Geschäftsleute und Kleinbauern, Ladenbesitzer und Werkstadtbesitzer in eine verzweifelte Panik und in den wirtschaftlichen Ruin treiben.

In einer solchen Situation gibt es radikale gesellschaftliche Veränderungen. Ganze Gruppen von Menschen, die normalerweise das Rückgrat der Rufe nach „Ruhe und Ordnung“ sind, die sich nie in ihrem Leben an einem Streik oder einer Demonstration beteiligt haben, gehen plötzlich auf die Straße oder unterstützen die, die das machen. 'Normale', 'gestandene' Bürger suchen verzweifelt nach Lösungen für die wirtschaftliche Krise, in der sie sich auf einmal befinden. Sie suchen verzweifelt nach einem Ausweg, so sagen sie: „so kann es nicht weitergehen“.

Eine starke Arbeiter- und sozialistische Bewegung könnte viele dieser Verzweifelten anziehen, wie in den frühen 20er Jahren, als sich auch viele Kleinbürger den Sozialdemokraten oder Kommunisten im Kampf gegen die Krise anschlossen. Aber wenn es sie nicht gibt bzw. durch falsche Führer in Niederlagen und in die Demoralisierung geführt wurde, dann erhält die faschistische Bewegung ihre Chance. Dann entsteht ein politisches Vakuum in der

Gesellschaft, in dem bisherige politische Loyalitäten sich schnell auflösen.

Die faschistische Bewegung organisiert ihren Kern im Allgemeinen aus verzweifelten und verarmten Kleinkapitalisten und ist damit ihrem Wesen nach die politische Bewegung des vom Untergang bedrohten Kleinbürgertums. Sie stehen sozial einerseits zwischen den großen Konzernen, die die kleinen Kapitalisten mit verschärften Konkurrenzkampf ruinieren, und andererseits der Arbeiterbewegung mit ihren Lohnforderungen. Auch die Mittelschichten im Staatsapparat, die Unteroffiziere des Kapitals wie Polizeioffiziere usw. sind sehr anfällig für faschistische Ideologie, wenn die Krise die staatliche Autorität zerrüttet und so ihre gesellschaftliche Position gefährdet wird. Die Mittelschichten lehnen sich normalerweise an die Bourgeoisie an, ihr Blickwinkel ist der soziale Aufstieg in die herrschende Klasse.

Diese Perspektive der Mittelschichten wird aber im Falle einer Wirtschaftskrise schnell zur Illusion, wenn der verschärfte Konkurrenzkampf ihre Profite oder Einkommen auffrisst und ihre Existenz zerstört wird.

Aber im Gegensatz zu den Arbeitern haben sie keine Organisationen wie Gewerkschaften, um für ihre Interessen selbstständig zu kämpfen. Im Falle einer tiefen Rezession mit einem schnellen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit haben sie noch nicht einmal mehr die Möglichkeit, sich in die große Schar der Lohnabhängigen einzureihen, weil es keine Arbeit gibt. Wenn sie keine Perspektive an der Seite der Arbeiterbewegung zur Lösung ihrer Probleme sehen, werden sie zu Gegnern der Arbeiterbewegung. Sie stellen dann die soziale Basis für die organisierte faschistische Bewegung. Beim Fehlen einer kämpferischen Arbeiterbewegung kann es dann der faschistischen Bewegung gelingen, in den arbeitslosen Teil der Arbeiterklasse einzudringen und diese mit sich mitzuziehen.

Die Arbeitslosen, die den faschistischen Organisationen folgen, sind für diese die Fußtruppen, aus denen sie die SA und SS rekrutiert haben. Die Arbeitslosen haben weder das Geld, noch die Verbindungen und oft nicht die Bildung, um den Kern einer faschistischen Organisation zu bilden. Sie folgen diesen Organisationen, weil ihnen von den Faschisten „Kameradschaft“ und endlich eine aufregende „Aufgabe“ in ihrem sonst eintönigen Leben geboten wird und ein scheinbarer Ausweg, nämlich der Kampf um die Arbeitsplätze von ausländischen Arbeitern. „2 Millionen Arbeitslose – 2 Millionen Ausländer – Die Lösung!“ Das war die Lösung von Le Pen im Wahlkampf 1984.

Die Geschichte hat gezeigt, dass es faschistischen Organisationen kaum möglich war, in die organisierte Arbeiterklasse einzubrechen und dort eine organisierte Basis zu gewinnen, denn es ist ja gerade das Ziel des Faschismus, die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Arbeiterstimmen für Faschisten sind, wie auch der Wahlerfolg der Republikaner in Berlin 1989 gezeigt hat, vor allem rassistischen Proteststimmen gegen den sozialen Verrat der Sozialdemokratie an den Interessen der Arbeiter, aber noch nicht unbedingt Stimmen für Faschismus, auch wenn sie das politische Gewicht der Faschisten stärken.

Genau diesen Zusammenhang mussten Schönhubers Republikaner 1988 zur Kenntnis nehmen, als die IGM und andere Gewerkschaften einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die Republikaner fasste wegen der von den Republikanern propagierte Einheit von Unternehmern und Arbeitern im Stile der nationalsozialistischen „Arbeitsfront“, also die Zerschlagung der unabhängigen Interessenvertretung der Arbeiter. [...]

Zwischen den beiden grundlegenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft, der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, liegen sehr zahlreiche Mittelklassen, aber in Zeiten der Krise werden diese Mittelschichten von der einen oder anderen Klasse angezogen, je nachdem welche ihr praktisch eine Perspektive für die Lösung ihrer Probleme bietet. Die Faschisten aber können ihre Bewegung im Prinzip nur dann zusammenschließen und zum akzeptierten Partner der Kapitalisten werden, wenn sie die Mittelschichten gegen die Arbeiterklasse mobilisieren können, und nur dann, wenn das Kapital zur Überzeugung kommt, dass ihre traditionellen Methoden des Machterhalts nicht mehr ausreichen.

Der Faschist hat für die von der Krise Gebeutelten und Hoffnungslosen eine scheinbar einfache Erklärung – schuld sind das jüdische Finanzkapital, Millionen von „farbigen“ Einwanderern usw. - und eine scheinbar einfache Lösung,

Rassismus und Faschismus 15

die Krise zu bekämpfen und das Selbstbewusstsein der Verzweifelten zu heben, nämlich Pogrome gegen andere Opfer der kapitalistischen Krise und einen neuen Krieg zur „Erweiterung des deutschen Lebensraums“. Die Propaganda des Faschismus besteht normalerweise aus einem diffusen und beliebigen Gemisch von Theorien. [Dazu schreibt Trotzki:]

Zu Beginn seiner politischen Laufbahn brachte Hitler in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit. Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaikartigen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. [...] Zwar wusste er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal. [...] Von den eigenen Improvisationen des Beginns blieb im Gedächtnis des Agitators nur das haften, was Billigung fand. Seine politischen Gedanken waren die Frucht der rhetorischen Akustik. So ging die Auswahl der Lösungen vorstatten. So verdichtete sich das Programm. So bildete sich aus dem Rohstoff der »Führer«.

Der einzige durchgehende Faden des Faschismus ein fanatischer Nationalismus, der seine Rechtfertigung aus der Überlegenheit der eigenen Rasse zieht und mit rassistischen Pogromen zu belegen sucht.

Aber sein Wesen und sein Schlüssel zum Erfolg ist die Propaganda der Tat, die Aktion. „Wir Faschisten haben keine vorgefaßte Doktrin, unsere Doktrin ist die Tat.“ (Mussolini) Selbst wenn einige der faschistischen Ideen reichlich seltsam erscheinen, wenigstens tun die Faschisten was, lautet das Argument, wird mit der Faust auf den Tisch gehauen. Weil die Aktionen und nicht die Ideen das Entscheidende am Faschismus sind, haben Hitler und Mussolini so viel Betonung auf Straßenaufmärsche, Massenversammlungen und auf direkte Aktionen gegen Juden, Sozialisten und Gewerkschafter gelegt. Einfachen Leuten, die durch die Wirtschaftskrise entwurzelt wurden, wird damit das Gefühl von Kameradschaft als Ersatz für fehlende Klassenorganisation und eine neue Aufgabe gegeben. Hitler formulierte das in seinem Buch „Mein Kampf“ folgendermaßen: „Massendemonstrationen müssen in die Seele des kleinen Mannes die Überzeugung einbrennen, daß er als kleiner Wurm Teil eines großen Drachens ist.“

Obwohl die Kapitalisten den Faschismus nur unterstützen, weil er gegen die Arbeiterbewegung benutzt werden kann, werden viele Leute von ihm angezogen, weil sie die Propaganda gegen das „jüdische Finanzkapital“ mit dem Kampf gegen das Kapital verwechseln. In Deutschland zum Beispiel rief ein Flügel der Nazis 1933, der Strasser-Röhm-Flügel, nach einer „zweiten Revolution“ und wollte das Finanzkapital attackieren, als erst einmal alle Gewerkschaften ausgeschaltet waren. In der berühmten „Nacht der langen Messer“ am 20.6.1934 mussten die Braunhemden der SA und andere „sozialistische“ Elemente der Nazi-Bewegung 1934 auf die harte Art die wahre Natur des Faschismus lernen, als sie zu hunderten ermordet wurden.

Einmal an der Macht zahlt der Faschismus seine Schuld an das Kapital zurück. In Deutschland stiegen die Profite aller Industriekonzerne zwischen 1933 und 1938 von 6,6 Milliarden auf über 15 Milliarden Mark. Ein Lohnstopp wurde eingeführt und die Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeiter wurden ausgeradiert.

# AfD: Partei der kleinen Leute?

Klaus Weiherer, Martin Haller

---

Keine andere Partei wendet sich so grundsätzlich gegen die Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit, wie die AfD: Massive Steuererleichterungen für Reiche und Konzerne, Erhöhung des Renteneintrittsalters und Privatisierung der Arbeitslosenversicherung, so lauteten nur einige der marktradikalen Forderungen in dem vor drei Wochen geleakten Entwurf für das Grundsatzprogramm, das auf dem Bundesparteitag in Stuttgart Ende April verabschiedet werden sollte. In ihrer Feindlichkeit gegenüber Arbeitnehmerinteressen und dem Sozialstaat stellt die AfD selbst die radikalsten Marktverfechter der FDP in den Schatten und bietet damit auch viel Angriffsfläche für ihre Gegner. Diese könnte jedoch in Zukunft deutlich schrumpfen, denn ein Teil der Partei schlägt mittlerweile ganz andere Töne an.

### National-soziale Töne

Schon vor einem Jahr verortete Bundesvorstandsmitglied Alexander Gauland die AfD als »Partei der kleinen Leute«. Nun forderte er im März im Brandenburger Landtag ein Solidarpaket für sozial schwache Deutsche. Seit vielen Jahren würden die sozialen Probleme der Menschen von der Politik vernachlässigt. Jeder achte Brandenburger sei arbeitslos und zahlreiche Kinder lebten unterhalb der Armutsgrenze, beklagte Gauland und fragte: „Muss der sozialbedürftige Bürger erst das Mittelmeer überqueren, bevor er von der Politik wahrgenommen wird?“

Ins gleiche Horn stieß die AfD in Sachsen-Anhalt. Im Wahlprogramm schreibt sie: „Das höchste Ziel unserer Politik ist, den Nutzen unseres Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Wir nehmen es nicht hin, dass für die Rettung von Banken oder für hunderttausende von Wohlstandsflüchtlingen Milliarden und Abermilliarden hart erarbeiteter Steuergelder ausgegeben werden, während Schulgebäude jahrelang auf ihre Sanierung warten, die Schlaglöcher auf unseren Straßen immer größer werden und um jeden Euro für eine nötige Strukturförderung gefeilscht werden muss.“

Die Strategie hinter dieser Rhetorik liegt auf der Hand: Geflüchtete sollen für die gesellschaftlichen Missstände verantwortlich gemacht und die sozialen Abstiegsängste großer Teile der Bevölkerung in rassistische Bahnen gelenkt werden. Allerdings steht diesem Ziel entgegen, dass soziale Forderungen bislang kaum einen Platz in der AfD fanden. Doch das könnte sich in Zukunft ändern.

### Für Mindestlohn und gegen Privatisierung

Nach der Veröffentlichung des geleakten Entwurfs für das Grundsatzprogramm brach in der Parteiführung ein offener Streit aus. Teile der AfD empfanden die radikale neoliberale Orientierung des Programms als Ballast für künftige Wahlkämpfe und ein weiteres Ausgreifen in die Masse der Bevölkerung. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Albrecht Glaser meinte, „das sozialpolitische Kapitel sollte komplett aus dem neuen Programm gestrichen werden“. Und auch Alexander Gauland schaltete sich in die Auseinandersetzung ein: „Wir werden ganz sicher nicht hinter Bismarcks Sozialreformen zurückfallen“, Rassismus und Faschismus 17

kommentierte er die Debatte.

In der nun veröffentlichten Schlussfassung des Leitantrags für den Bundesparteitag wurden zahlreiche Formulierungen entschärft und marktradikale Forderungen deutlich abgemildert oder ganz zurückgenommen. So taucht etwa die Forderung nach weiterer Privatisierung staatlicher Aufgaben nicht mehr auf. Insbesondere bei der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen Privatisierungen nur dann erfolgen dürfen, wenn dies durch Bürgerentscheide genehmigt wird. Der Mindestlohn soll nun auf jeden Fall erhalten bleiben, denn „Mindestlöhne verhindern die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten“. Der Betreuungsschlüssel in den Kitas soll verbessert werden und gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften seien zu stärken. Wohnungseigentum soll vor allem für Bezieher kleinerer Einkommen erschwinglich werden. Auch die Abschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung ist offenbar vom Tisch.

Nach wie vor hat das Programm einen neoliberalen Charakter und orientiert sich an einem „schlanken Staat“, aber die weitgehenden Änderungen des Entwurfs zeigen, dass die Flügelkämpfe innerhalb der AfD an Schärfe gewinnen und die Marktradikalen zunehmend unter Druck geraten.

## **Marktradikaler Flügel**

Zwar haben mit dem Flügel um Bernd Lucke die bekanntesten Vertreter der marktradikalen Kräfte der Partei inzwischen den Rücken gekehrt, sie sind aber immer noch zahlreich vorhanden. So ist etwa der Co-Vorsitzende und gleichzeitige Chef der AfD Baden-Württemberg, Jörg Meuthen, ein radikaler Wirtschaftsliberaler. Und auch die Verantwortliche der Programmkommission Alice Weidel ist eine neoliberale Volkswirtin. Sie ist Unternehmensberaterin und Mitglied der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft, die in mehr als 50 Regionen in Deutschland Clubs zur Verbreitung marktradikaler Ideen betreibt. Der Ökonom von Hayek selbst war Vertreter einer reaktionären und sozialdarwinistischen Wirtschaftspolitik, der sozial Bedürftigen das Wahlrecht entziehen wollte.

Auch die stellvertretende AfD-Vorsitzende Beatrix von Storch ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft und eine ausgesprochene Marktfundamentalistin. Von Storch, geborene Großherzogin von Oldenburg, ist Gründerin des Vereins „Allianz für den Rechtsstaat“, der sich die Rückgabe des in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone enteigneten Grundbesitzes an den alten Landadel zum Ziel gesetzt hat. Auch sie forderte in der Vergangenheit in Anlehnung an das frühere Zweiklassenwahlrecht, für sozial Schwache und Benachteiligte das Wahlrecht einzuschränken und „den Leistungsträgern“ Privilegien zu gewähren.

Von Storch war auch innerhalb der Programmkommission der AfD federführend tätig. Vieles spricht dafür, dass sie gemeinsam mit Alice Weidel für die ultra-neoliberalen Forderungen im geleakten Entwurf verantwortlich ist. Zwischenzeitlich wurden Meldungen verbreitet, sie sei aus der Programmkommission der AfD ausgeschlossen worden, was die Partei allerdings umgehend dementierte.

## **Unterwanderung durch Nazis**

Den marktradikalen Netzwerken in der AfD steht ein Flügel gegenüber, für den eine neoliberale Ideologie keine grundsätzliche Bedeutung hat und propagandistisch als eher hinderlich angesehen wird. Dieser national-soziale oder auch neofaschistische Flügel kontrolliert bereits mehrere Landesverbände sowie wichtige Posten in der Bundespartei. Ihm gehören neben den Scharfmachern Björn Höcke und André Poggenburg auch die vermeintlich nationalkonservativen Biedermänner Alexander Gauland und Albrecht Glaser an.

Die Neofaschisten sehen in der AfD eine historische Chance aus der gesellschaftlichen Nische Rassismus und Faschismus 18

auszuberechnen. Auf konkrete programmatische Inhalte kommt es ihnen dabei weniger an. Ziel ist eine faschistische Partei mit Massenbasis. Um dies zu erreichen, müssen sie auch soziale Forderungen in ihrem Parteiprogramm integrieren.

Der national-soziale Flügel, welcher den Kern einer neuen faschistischen Partei ausmacht, muss als zentrales Element die scheinbare Überwindung der Klassengegensätze propagieren und die „Volksgemeinschaft“ in den Mittelpunkt stellen. Dies bedingt, dass Forderungen, die sich am Klasseninteresse des mittelständischen Kapitals, des Kleinbürgertums und auch der Arbeiterklasse orientieren, aufgenommen werden, damit sich die Masse der Bevölkerung vertreten sieht.

## **Rechter Antikapitalismus**

Das Gründungsprogramm der NSDAP aus dem Jahr 1920 bietet in diesem Sinne ein aussagekräftiges Beispiel einer ganzen Reihe antikapitalistischer Programmpunkte, wie etwa dem „Brechen der Zinsknechtschaft des Finanzkapitals“, der „Verstaatlichung der Trusts“, oder der „Enteignung des großen Grundbesitzes für gemeinnützige Zwecke“. Auf betrieblicher Ebene kam es durch die Gründung der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NBO) mit bis zu 300.000 Mitgliedern auch zur Unterstützung von Streikaktionen, etwa dem Streik der Berliner Verkehrsbetriebe 1932, und der Teilnahme an Betriebsratswahlen, um auf diese Weise Teile der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die NBO war Träger der Aktion im Mai 1933 zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und Aneignung des Vermögens des Deutschen Gewerkschaftsbundes, verbunden mit der Hoffnung sie würde nun zum „Kern einer parteigebundenen Einheitsgewerkschaft“.

Nachdem die NBO als Werkzeug zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung gedient hatte, fand sie im Juli 1934 jedoch ihr schnelles Ende. Führende Mitglieder wurden auf Befehl der NSDAP-Führung erschossen und die NBO wurde 1935 in die „Deutsche Arbeitsfront“ überführt, ein Einheitsverband mit Zwangsmitgliedschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und 22 Millionen Mitgliedern.

Selbstverständlich ist die Situation in Deutschland heute eine andere als in den 1930er Jahren, aber ein Blick auf die NPD oder auch ins europäische Ausland zeigt, dass die Strategie der Nazis auch nach dem Zweiten Weltkrieg die gleiche geblieben ist. Die meisten der neofaschistischen Parteien in Europa agieren mit einer sozialen bis antikapitalistischen Rhetorik, um die Wut über die soziale Krise in rassistische Bahnen lenken zu können. In Österreich präsentiert sich die FPÖ als „Soziale Heimatpartei“ und fordert einen Mietpreisstop, eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, eine Senkung der Steuern für kleine und mittlere Einkommen und die Einführung einer Sonderabgabe für Millionäre. Und auch in Frankreich hat Marine Le Pen dem Front National ein soziales Programm verpasst. So fordert der Front National die 35-Stunden-Woche nicht anzutasten, das legale Renteneintrittsalter zu senken, alle Monatslöhne bis 1500 Euro um 200 Euro zu erhöhen und auch die Altersrenten spürbar anzuheben.

Wie bei ihren historischen Vorbildern, steht auch bei den neuen Nazis die antikapitalistische Rhetorik und vermeintlich soziale Programmatik in scharfem Gegensatz zu ihren tatsächlichen Interessen und Absichten. FPÖ, Front National und auch der neofaschistische Flügel der AfD sind ebenso wenig sozial, wie es die NSDAP war. Dennoch gelingt es ihnen in die traditionelle Wählerschaft der Linken vorzudringen.

## **Ausgreifen in die Arbeiterklasse**

Bei den Landtagswahlen im März konnte die AfD bereits weit in die Wählerschichten der Arbeiterklasse ausgreifen. Unter Erwerbslosen und Arbeitern wurde sie in Sachsen-Anhalt mit Stimmenanteilen von 36 bzw. 35 Prozent mit Abstand stärkste Partei. Auch in Baden-Württemberg konnte sie mit 32 Prozent unter Erwerbslosen und 30 Prozent unter Arbeiterinnen und Arbeitern die anderen Parteien deutlich hinter sich. Rassismus und Faschismus 19

lassen. Lediglich in Rheinland-Pfalz gelang es der SPD die AfD in diesen Wählergruppen auf den zweiten Platz zu verweisen. Unter Angestellten, welche die Umfrageinstitute getrennt von Arbeitern erfassen, sowie unter Selbstständigen und Rentnern schnitt die AfD hingegen deutlich schwächer ab.

Der Hauptgrund für ihre Ausstrahlung in die Arbeiterklasse ist jedoch nicht ein soziales Profil, das bislang auch kaum vorhanden ist, sondern die Tatsache, dass es die AfD geschafft hat, sich als die Oppositionskraft gegen den etablierten Politikbetrieb zu präsentieren. Nur 26 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben an, die AfD aus Überzeugung gewählt zu haben. Von 74 Prozent wurde hingegen Protest gegen die etablierten Parteien als Hauptgrund für die Wahlentscheidung genannt. Indem sie sich erfolgreich als Protestpartei gegen den politischen Mainstream darstellen konnte, gelang es der AfD auch viele Menschen zur Wahlurne zu bewegen, die sich aus Unzufriedenheit und Enttäuschung längst von der parlamentarischen Politik abgewandt hatten. Sollte sich nun der neofaschistische Flügel innerhalb der Partei mit seiner national-sozialen Rhetorik und Programmatik weiter durchsetzen, könnte sich dieser Effekt noch einmal deutlich verschärfen.

## **Faschisten enttarnen**

Für die LINKE und den Widerstand gegen die AfD bedeutet dies, dass eine Kritik der AfD als marktradikale Elitenpartei zunehmend ins Leere zu laufen droht. Es ist richtig, dass die LINKE, solange die Möglichkeit dazu besteht, den Widerspruch zwischen den neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AfD und den Interessen der Mehrheit ihrer Wähler offensiv angeht. Auch der entschärfte Entwurf des Grundsatzprogramms bietet dazu viel Gelegenheit. Wenn sich der Prozess der Faschisierung der AfD jedoch weiter fortsetzt, wird eine rein programmatische Kritik immer schwieriger.

Denn der Faschismus vertritt eben kein bestimmtes Programm. Seine Themen unterliegen einer relativen Beliebigkeit. Die Strategie dabei ist, an scheinbar aktuellen gesellschaftlichen Konflikten anzusetzen und diese mit Rassismus und Nationalismus aufzuladen. Die Herausforderung besteht also darin, eine faschistische Bewegung zu einem Zeitpunkt zu enttarnen, in dem noch nicht allgemein zu sehen ist, was ihre eigentlichen Beweggründe sind. Daher müssen der Rassismus der AfD im Allgemeinen und die Faschisten innerhalb der Partei im Speziellen direkt bekämpft werden.

## **Soziale Kämpfe als Nagelprobe**

Um der neofaschistischen Strategie entgegentreten zu können, muss die LINKE neben dem Kampf um die Straße auch den Kampf um die Betriebe führen. Von vielen wird sie nicht mehr als die Partei des Aufbruchs wahrgenommen. In einigen Regionen erscheint die LINKE offenbar bereits als Teil des politischen Systems, anstatt als dessen entschiedener Gegner.

In diese Leerstelle stößt die AfD: „Wir wollen kein Koalitionspartner von niemandem sein, weil wir diese Politik bis aufs Messer bekämpfen werden“, sagte Alexander Gauland nach den Landtagswahlen.

Die LINKE muss zeigen, dass sie gewillt ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich zu verändern. Das kann sie nur, wenn sie sich an den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen orientiert und für die Kämpfenden als aktive solidarische Kraft sichtbar ist. Armut führt nicht automatisch zum Erfolg rechter Politik, sondern der Verzicht auf Gegenwehr gegen die gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse. Soziale Kämpfe sind in letzter Konsequenz auch die „Nagelprobe“ an der sich der „Antikapitalismus“ und die sozialen Forderungen faschistischer Parteien als leere Phrasen erweisen, hinter denen nichts anderes steht als Menschenfeindlichkeit und Ausbeutung.

## **AfD auf dem Weg zur Nazi-Partei?**

**Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) Olaf Henkel hat seine ehemalige Partei unter der neuen Führung von Frauke Petry als „NPD light“ bezeichnet. Und „Der Weg der AfD hin zur NPD“ sei „unaufhaltsam“. Dass die NPD in der Tradition der Nazis steht, ist heute bis hin zum Verfassungsschutz unbestritten. Im Folgenden geht Volkhart Mosler der Frage nach, ob die AfD eine faschistische Partei ist und was eigentlich eine faschistische Partei von einer rechts-populistischen unterscheidet.**

Jede politische Partei hat Traditionslinien in der Geschichte, auf die sie sich beruft und aus denen sie u. U. auch hervorgegangen ist. Faschismus in Deutschland ist untrennbar mit dem Nationalsozialismus der NSDAP und dem Namen Adolf Hitler verbunden. Die Neugründungen faschistischer Parteien in der alten BRD nach dem zweiten Weltkrieg zeigen auch das Dilemma speziell des deutschen Faschismus nach 1945. Ein offenes Bekenntnis zur Nazi-Tradition wäre der frühe Tod jeder faschistischen Partei gewesen. Auschwitz und Stalingrad stehen wie riesige Mahnmale im Weg. Und es kann daher auch nicht überraschen, dass die beiden erfolgreichsten Neugründungen schon im Namen ein Bekenntnis zur Demokratie tragen: NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland) und REPUBLIKANER. Andererseits können und wollen sich Faschisten in Deutschland nicht einfach neu erfinden. Sie sind gezwungen, sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und diese führt sie immer wieder in Konflikt mit ihrem lauthals verkündeten Bekenntnis zu Demokratie („Nationaldemokratisch“) Republik („Republikaner“). Früher oder später werden aber Stimmen laut, die den Holocaust verharmlosen oder leugnen, die endlich Schluss machen wollen, mit der „Umerziehung“ des deutschen Volkes durch die Besatzungsmächte nach 1945. Stimmen, die des Kreidefressens satt sind und sich zu ihrer nationalsozialistischen Tradition bekennen.

Da Versteckspiel faschistischer Parteigründer hat noch eine andere, nicht unproblematische Seite: die bürgerliche und teilweise auch linke Öffentlichkeit geht der Mimikry der Nazis immer wieder auf den Leim. Als sich ein Jahr nach Kriegsende die „Deutsche Reichspartei“ (DRP) aus meist unteren ehemaligen Funktionären der NSDAP neu gründete, gebärdete sich die „neue“ Partei streng „antifaschistisch“. In ihrem Programm von 1946 hieß es: „Wir bekämpfen auf das Stärkste die nationalsozialistische Staats- und Weltanschauung ... in der Erkenntnis, dass jede form des Faschismus ihrem Wesen und Ursprung nach schlechthin undeutsch ist.“ In ihrem ersten Parteiprogramm (1967) der 1964 neu gegründeten NPD bekannte diese sich offen zur parlamentarischen Demokratie. In einer speziellen internen Verordnung untersagte der Parteivorstand u. a. alle antisemitisch zu interpretierenden Äußerungen.

In der politischen Öffentlichkeit hatte die NPD damit zunächst Erfolg. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), „Die Zeit“ und andere liberale und konservative Zeitungen bescheinigten der NPD, keine Nachfolgepartei der NSDAP zu sein. Auf kommunaler Ebene schlossen CDU, CSU und FDP zahlreiche Bündnisse gegen die SPD. Die CSU unter Franz Josef Strauß schlug gegenüber der NPD die gleiche Taktik ein wie Seehofer gegenüber den AfD heute, er versuchte die NPD rechts zu überholen.

Als die NPD durch ihre Niederlagen Ende der 60er Jahre und dann noch einmal Ende der 70er Jahre durch Rock gegen Rechts in Frankfurt in eine schwere Krise stürzte, kam es zu einer Neugründung am rechten politischen Rand. Wie 1964 bei der Gründung der NPD fanden sich - dieses Mal in Bayern - national-konservative und faschistische Kreise zusammen, um die „verbrauchte“ NPD durch eine respektablere Neugründung zu ersetzen. Ähnlich wie die NPD in den Jahren 1964-67 waren die Republikaner unter ihrem ersten Vorsitzenden Handlos (ehemaliger Bundestagsabgeordneter der CSU) eine Sammlung von national-konservativen und faschistischen Zirkeln, letztere stammten aus der abgewirtschafteten NPD, erstere vor allem aus der CSU und der CDU.

Die Parallelen zur Entwicklung der NPD früher und der AfD später sind unübersehbar. Das Bündnis mit national-konservativen Kräften war bei der Gründung in alle drei Fällen von zentraler Bedeutung, um den Verdacht einer NSDAP-Nachfolgepartei zu widerlegen. Die Nazis brauchten nach 1945 stets ein bürgerliches Aushängeschild, zumindest in der Gründungsphase.

Das Bündnis aus national-konservativen Kräften und Neofaschisten hielt nicht. Ähnlich wie in der NPD (1967) und der AfD (2015) kam es 1985 zur Spaltung der Republikaner. Handlos und ein Kreis ehemaliger enttäuschter CSU-Mitglieder zogen sich zurück, Franz Schönhuber, der sich 1981 in seinem Buch „Ich war dabei“ öffentlich zu seiner SS-Vergangenheit bekannt hatte, übernahm mit Hilfe von ehemaligen NPD-Kadern die Führung der Partei und bestimmte fortan den Kurs der Republikaner. Er distanzierte sich von den „Ewiggestrigen“ der NPD, was ihn aber nicht daran hinderte, mit eben jenen Kadern ehemaliger NPD-Funktionäre in der Partei weiter zusammen zu arbeiten.

Die Spaltungen der DRP 1949, der NPD 1967, der Republikaner 1985 und der AfD 2015 (Essener Parteitag) folgten einem einheitlichen Muster. Dies ist ein wohl ein „Markenzeichen“ des Neofaschismus im Nachkriegsdeutschland (West): Sie suchten zunächst das Bündnis mit „seriösen“ politischen Kräften aus dem national-konservativen Lager, um aus der Schmutzdecke einer NSDAP-Nachfolgepartei herauszukommen. Im Falle der Republikaner und der AfD nutzten sie unabhängig von ihnen entstandene Rechtsabspaltungen aus der CDU/CSU, um sich selbst das Schild des respektablen Nationalkonservatismus umhängen zu können. Und erst eine jahrelange geduldige Aufklärung über den faschistischen Kern der REPs hat 1989 nach deren politischen Aufstieg in Berlin und der Europawahl 1989 eine antifaschistische Gegenmobilisierung ermöglicht. Die REPS konnten in Berlin und bei der Europawahl im Juli 1989 mit offen rassistischen Wahlkämpfen jeweils 7,5 Prozent gewinnen. Das hinderte Prof. Leggewie und den SPD-Vordenker Peter Glotz nicht daran, die REPs vom Faschismusvorwurf frei zu sprechen. Die bürgerlichen Verharmloser waren den Legalitätsschwüren Hitlers 1931 auf den Leim gegangen und sie gab und gibt es in der ganzen Nachkriegszeit bis heute.

Der deutsche Faschismus nach dem zweiten Weltkrieg kehrt unweigerlich immer wieder zurück zum Nationalsozialismus, seiner Verteidigung, seiner Beschönigung, seiner Verherrlichung, mal offener, meist kryptisch-verdeckt, in Andeutungen. Der Faschismus hat allerdings – und auch das zeigt seine Geschichte – kein für ihn typisches Programm. Der Versuch, ihn

rein programmatisch zu fassen, muss scheitern. Seine Ideen wechseln von Land zu Land und von Epoche zu Epoche. Der einzige durchgehende rote Faden ist ein fanatischer Nationalismus, der seine Rechtfertigung aus der angeblichen Überlegenheit des eigenen Volkes oder „Rasse“ bezieht. Viel wichtiger als dieses oder jenes ideologische Moment ist – und das unterscheidet ihn letztlich allen von rechtskonservativen und reaktionären („populistische“) Parteien – seine Methode der Machtausübung. Der Faschismus zielt darauf, eine Massenbewegung aufzubauen, die stark genug ist, die Arbeiterbewegung, ihre Organisationen und mit dieser die Institutionen der bürgerlichen Demokratie zu zerschlagen. Dabei stützt er sich wesentlich auf von der Krise des Kapitalismus bedrohte Mittelschichten (heute „Wutbürgertum“ genannt). Sie bedient sich antikapitalistischer Parolen, sein Tatendrang entlädt sich aber gegen leicht identifizierbare Minderheiten als Sündenböcke, wie Juden, Flüchtlinge, Muslime, Roma und Sinti, Behinderte, Homosexuelle usw. Nazi-Parteien unterscheiden sich nicht in ihrer rassistischen Ideologie, diese teilen sie durchaus mit konservativen und sogar liberalen politischen Kräften, z. B. die Vorstellung, dass Deutschland und Europa keine weitere Zuwanderung von fremden Ethnien vertragen. Seehofer unterscheidet sich hier nicht wesentlich von den Sprechern des rechten Flügels der AfD. Aber Seehofer organisiert keine rassistischen Massendemonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünfte, er will die nächsten Wahlen gewinnen und weiter durch die Parlamente in Bayern und Berlin herrschen, nicht diese zerschlagen.

### **Charakter der AfD als Partei im Übergang**

Weder die NPD noch die Republikaner Schönhubers noch die AfD hatten damit begonnen, eigene Stoßtrupps für den Straßenkampf aufzubauen. Weil sie sich insofern nicht so zeigten, wie der „klassische“ Faschismus in Deutschland oder Italien oder Spanien unter Hitler, Mussolini und Franco, haben liberale und linke Theoretiker in den vergangenen Jahrzehnten faschistische Parteien wie den Front National in Frankreich oder FPÖ in Österreich, aber auch die NPD oder Republikaner nicht als faschistische Parteien analysiert. Nach dieser Sichtweise gäbe es in Europa zurzeit nur in Griechenland und in Ungarn faschistische Parteien (Golden Dawn, Jobbik), weil diese Parteien in der Tat SA-ähnliche Kampfgruppen aufgebaut haben und einsetzen. Aber mit einer solchen, zu engen Auffassung des Faschismus machen wir es uns zu einfach. Die Republikaner und die NPD besaßen in ihren Hochzeiten einen handlungsfähigen Saalschutz, der mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit und ein mögliches Verbot der Partei nicht uniformiert auftrat. Es gibt daneben durchaus Stoßtrupps in Form von „freien Kameradschaften“, die formell unabhängig sind, oft aber als Schlägertrupps bei Demonstrationen und Massenveranstaltungen im Saal bereitstehen, bei der FPÖ gibt es eine enge Verzahnung mit organisierten deutsch-nationalen Burschenschaften, die sich auf der Straße behaupten wollen. Schließlich sind sich die führenden Vertreter der Nazis bewusst, dass eine frühe Offenlegung ihres gesamten „Programms“ kontraproduktiv wäre im Sinne einer „ursprünglichen Akkumulation“ einer späteren Massenbewegung. Die Maske des Konservatismus ist in dieser Etappe unverzichtbar. Einzig die NPD hat in Deutschland diese Maske fallen lassen – mit entsprechenden Folgen einer weitgehenden politischen Isolation.

Nicht die NPD, sondern die AfD war deshalb auch in der Lage, im Herbst dieses Jahres in Thüringen und Berlin zur politischen Speerspitze einer neuen Welle von rassistischen Massendemonstrationen gegen Flüchtlinge zu fungieren.

Vor über einem Jahr (September 2014) schrieben wir in marx21 noch: „Die AfD ist (aber) keine faschistische Partei. Sie kann jedoch zum Sammelpunkt der Nazis werden.“ Mit dem

Sturz und dem Rückzug des national-konservativen Flügels hinter dem ex-Parteivorsitzenden Bernd Lucke nach dem Essener AfD-Parteitag (Juli 2015) steht ein Kapern der AfD durch faschistische Kader nicht mehr viel im Wege. Unter der Führung von Alexander Gauland hat sich der pro-faschistische Flügel in mehreren Landesverbänden durchsetzen können. Alexander Gauland, der führende Kopf des offen rassistischen Flügels stammt politisch aus der hessischen CDU, unter der Führung von „Stahlhelmen“ wie Alfred Dregger und Walter Wallmann hatte die hessische CDU stets ein offenes Ohr für den Witikobund und andere faschistische Kaderschmieden. Alexander Gauland kommt aus dem gleichen braun-schwarzen politischen Stall wie die hessischen CDU-Eliten unter Alfred Dregger, Walter Wallmann, Roland Koch, Christian Wagner. (Der RCDS-Gießen und Marburg hatte und hat engste Verbindungen zu rechtsradikalen schlagenden Verbindungen und zum Witikobund) damals als Staatssekretär von Ministerpräsident Wallmann in Wiesbaden ein Vertreter des Witikobundes. 1987 organisierte Gauland einen rassistischen Wahlkampf. Der Schriftsteller Martin Walser verarbeitete in seinem Roman „Finks Krieg“ (1996) Gaulands gescheiterten Versuch, ein ehemaliges Mitglied des Witikobundes zum Ministerialrat für Kirchenfragen zu machen. Er verstand sich damals und heute als Brücke zwischen den „Stahlhelmen“ in der CDU und faschistischen „Eliten“ wie des Witikobundes.

Heute müssen wir sagen: die faschistische Rechte ist gerade dabei, in der AfD und unter Gaulands Protektion – er gilt mit seiner über 40-jährigen CDU-Mitgliedschaft immer noch als ehrenwerter national-konservativer Vordenker - nicht nur zum Sammelpunkt der Nazis zu werden, sondern die AfD zu erobern. Prototyp dieses Schlages von neuen „Führern“ der AfD sind die Vorsitzende der Landesverbände Thüringen (Höcke) und NRW (Pretzell). Sie rufen zum Schießbefehl gegen Flüchtlinge an Europa und Deutschlands Grenzen und reden von Flüchtlingen als „Kanacken“. Ihre Reden sind nichts anderes als Aufruf zu neuen Morden, Brandanschlägen und fremdenfeindlichen Pogromen. Die Fraktionsstreitigkeiten über die Zukunft der AfD sind dabei nicht beendet. Als die REPs 1989/90 auf eine breite antifaschistische Bewegung traf und ihre Umfragewerte vorübergehend sanken, kündigte ihr damaliger Vorsitzender Schönhuber den Ausschluss von 300 ex-NPD-Mitgliedern aus der Partei an.

Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, dieser AfD die national-konservative Maske herunterzureißen und sie als Partei auf dem Weg der Transformation in eine faschistische zu entlarven und zu bekämpfen.

Dass diese Transformation schneller ging als man es vor einem Jahr noch erwarten konnte, liegt nicht zuletzt daran, dass mit Pegida und der daraus folgenden rassistischen Massenmobilisierung auf Straßen und Plätzen in Ostdeutschland und darüber hinaus eine Bewegung entstand, die der faschistischen Übernahme der AfD den Boden bereitete. Und es ist auch kein Zufall, dass Höcke als erster die Gelegenheit ergriff, um es Pegida unter Bachmanns Führung in Dresden nachzumachen und in Erfurt erfolgreich imitierte.

Volkhard Mosler, November 2015

# MEUTHENS AUSTRITT: DIE DRITTE HÄUTUNG DER AfD ZUR FASCHISTISCHEN PARTEI

Inland / Politik / 01/02/2022

## **Nach Bernd Lucke und Frauke Petry hat mit Jörg Meuthen nun der dritte AfD-Vorsitzende im innerparteilichen Machtkampf gegen die Neofaschist:innen um Björn Höcke das Handtuch geworfen. Volkhard Mosler über die Gründe für Meuthens Austritt und die Folgen für die AfD**

Bereits im Oktober hatte Jörg Meuthen angekündigt, nicht erneut für den AfD-Parteivorsitz zu kandidieren. Nun erklärte er, die Partei ganz zu verlassen. Seine Begründung ähnelt der seiner Amtsvorgänger **Lucke** und **Petry**: Teile der Partei stünden »nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung« und es gebe »ganz klar totalitäre Anklänge«, so Meuthen in einem Interview gegenüber der ARD.

Doch genau wie bei Lucke und Petry strotzt diese Erklärung für den eigenen Rückzug vor Scheinheiligkeit. Alle drei haben bereitwillig mit den **Faschist:innen** in der AfD um Höcke zusammengearbeitet, mit ihnen paktiert und sie hofiert, solange es ihnen machttaktisch nützlich schien. Petry stütze sich beim Sturz Luckes auf Höcke, genau wie Meuthen beim **Sturz Petrys**. Nach Jahren des ungebrochenen Rechtsrucks und der **Radikalisierung** der AfD als Parteivorsitzender zu erkennen, dass die Faschist:innen längst tonangebend sind, ist pure Heuchelei. Meuthen selbst ist in erheblichem Maße mitschuldig, dass sich in Form der AfD die Gefahr einer faschistischen Partei mit bundesweitem Masseneinfluss herausgebildet hat.

## Strategische Differenzen in der AfD

»Der Fall Max Otte war der letzte Tropfen, der Meuthen zu seiner Entscheidung trieb«, heißt es in einem **Kommentar** beim Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Und tatsächlich kommt in der Personalie des CDU-Politikers Max Otte, den die AfD zu ihrem Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten nominierte, die strategische Differenz zwischen dem Nazi-Flügel hinter seinem Führer **Höcke** und dem jetzt aus der Partei ausgetretenen Sprecher der **Nationalkonservativen** Meuthen klar und scharf zum Ausdruck.

Meuthen wollte eine reaktionäre Wende durch die Bildung eines Rechtsblocks zwischen AfD und einer rechtsgewendeten CDU/CSU in Form einer Koalitionsregierung. Um eine solche Rechtswendung der CDU/CSU herbeizuführen braucht es den Wieder

eines rechten Flügels in der Union wie ihn Alfred Dregger (CDU) und Franz-Josef Strauß (CSU) in der Vergangenheit repräsentiert hatten. Die Werte-Union war aus Meuthens Sicht ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Durch die Nominierung des Sprechers der Wertunion zum AfD-Kandidaten zerstört die AfD diesen Ansatz. Der Ausschluss Ottes aus der CDU und damit die Zerstörung der Wertunion ist von Höcke kalkuliert. Sie liegt auf der gleichen Linie wie die ausgebliebene Erststimmenkampagne der Thüringischen AfD für den Reaktionär und Ex-Verfassungschef Hans-Georg Maaßen. Dieser hätte als MdB die Wertunion enorm aufgewertet und wurde eben deshalb nicht von Höckes AfD in Thüringen unterstützt.

## Höckes Taktik gegenüber der Union

Höckes gesamte Taktik läuft auf die Zerstörung der CDU/CSU, auf die Zerstörung der bürgerlichen Mitte hinaus. In einem Kommentar hatte sich Höcke im Bundestagswahlkampf 2021 zur Zusammenarbeit mit der CDU/CSU in dem Sinne geäußert, dass eine solche für ihn nur in Frage käme, wenn die **Konservativen** auf dem Boden zerstört um Hilfe bettelten.

Um zu verstehen, wie Höcke tickt, muss man erstens verstehen, dass er ein Nazi im vollen Sinn des Begriffs ist, und man muss sich zweitens mit dem **Aufstieg der NSDAP** und ihrer Machtübernahme durch den Reichstagsputsch auseinandersetzen. Denn diesen Aufstieg haben Höcke und sein innerer Zirkel um Kubitschek studiert und daraus gelernt. Hitlers Sieg war nur möglich auf den Ruinen des bürgerlichen Parteienblocks, einschließlich der um die Macht konkurrierenden, antidemokratischen und antisemitischen DNVP unter dem Monarchisten Hugenberg.

## Faschisierung und Flügelkämpfe

Die Tatsache, dass die CDU/CSU jetzt unter einem Reaktionär wie Friedrich Merz Opposition gegen die Ampel-Koalition macht, kann Höcke mit seiner Dauerkampagne gegen die »Alt-« und »Systemparteien« nicht schmecken. Das könnte sich allerdings ändern, wenn Merz als neuer CDU-Parteichef und Fraktionsvorsitzender der Unionsparteien im Bundestag seine rassistischen Töne von der Herrschaft einer »deutschen Leitkultur« aus dem Jahr 2000 wieder auflegt und so in die Fußstapfen von Ex-Innenminister Horst Seehofer träte. Seehofer hatte im bayerischen Landtagswahlkampf 2018 versucht, die AfD mit einer Kampagne gegen die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin **Angela Merkel** rechts zu überholen, was die AfD jedoch nur weiter stärkte. Seehofers Anti-Merkel-Kampagne war nur Wasser auf die Mühlen der AfD. Die CSU verlor dementsprechend 160.000 ihrer Zweitstimmen an die AfD.

Meuthen hat die Wahl Ottes zum AfD-Kandidaten für die Präsidentschaftswahl als kontraproduktiv für die AfD kritisiert (und wohl als Schlag gegen seine eigenen Machtperspektiven). Der Otte-Schachzug ist deshalb im RND-Kommentar auch zu Recht als »letzter Tropfen« für den AfD-Austritt Meuthens bezeichnet worden. Und dieser Schachzug trägt voll und ganz die Handschrift Höckes.

## Die dritte Häutung der AfD

Meuthens Rückzug und die Tatsache, dass er den weiteren innerparteilichen Vormarsch des Höcke-Flügels nicht würde stoppen können, waren absehbar. Während auf dem AfD-Parteitag Ende 2020 in **Kalkar** noch ein prekäres Kräftegleichgewicht zwischen den Parteiflügeln herrschte, hat der neofaschistische Flügel aus den »Querdenken«-Protesten der Corona-Leugner:innen und -Verharmloser:innen neue Kraft geschöpft. Ähnlich wie zuvor die »**Pegida**«-Bewegung der Radikalisierung der AfD Vorschub und dem Nazi-Flügel Rückenwind verliehen hat, tat dies nun die Straßenbewegung der »Querdenker«, von der Meuthen sich offen distanzierte.

Trotz dieses weiteren Siegs der Nazis in der AfD sind die Auseinandersetzung zwischen den Nationalkonservativen und den Neofaschist:innen in der Partei damit jedoch nicht zu Ende. Zwar haben sich auch in den West-Landesverbänden der AfD im letzten Jahr die Gewichte zugunsten des Nazi-Flügels beträchtlich verschoben. Doch noch haben die Nazis in der Partei nicht das alleinige Sagen. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass es Meuthen nicht gelungen ist, eine Gruppe seiner bisherigen Anhänger:innen mitzunehmen und zu einem Parteiaustritt zu bewegen. Dies ist jedoch ganz im Interesse des Höcke-Flügels, dem an einer Spaltung der AfD zum jetzigen Zeitpunkt nicht gelegen ist. Meuthen musste weg, weil er es – wie schon zuvor Lucke und dann Petry – gewagt hatte, die Nazis offen zu kritisieren und gegen sie zu arbeiten. Ob eine Alice Weidel oder eine Beatrix von Storch in Zukunft das gleiche Schicksal ereilen wird oder ihnen das Scheitern Meuthens eine Warnung sein wird, ist offen. Politisches Überleben in der AfD wird es in Zukunft nur für diejenigen geben, die bereit sind, sich dem noch inoffiziellen Führer Höcke zu unterwerfen.

Foto: Sandro Halank, [Wikimedia Commons](#), CC BY-SA 4.0

Schlagwörter: **AfD**, **Höcke**, **Meuthen**

Geschafft! Dresden im Februar 2012 nazifrei!

Mitglieder des Kreisverbandes Frankfurt DIE LINKE in Dresden dabei

Am 18. Februar 2012 war es geschafft. Dresden war nazifrei! Die Nazis hatten in diesem Jahr darauf verzichtet für den Samstag nach dem 13. Februar, dem Gedenktag an die Bombardierung der Stadt im Jahr 1945, zu einer bundesweiten Großkundgebung aufzurufen. Sie waren nicht gekommen, weil ein politisch sehr breites Bündnis zur Blockade aufgerufen hatte. Und obwohl seit mehreren Wochen bekannt war, dass die Nazis wahrscheinlich nicht kommen würden, waren mehr als 10.000 (nach Polizeiangaben nur 6500) Antifaschistinnen und Antifaschisten gekommen.

Vor 3 Jahren waren noch 7.000 Nazis durch Innenstadt Dresdens gezogen. 2010 waren es mehr als 10.000 und 2011 mehr als 20.000, die den Aufmarsch mittels friedlicher aber entschlossener Blockaden verhindert hatten. So feierten die 10.000 dieses Mal ihren Erfolg und die durchaus historisch zu nennende Niederlage der Faschisten.

Auch wir Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Hessen und aus Frankfurt. Waren mit einem dutzend Bussen nach Sachsen gereist, um ein deutliches Zeichen zu setzen; Null Toleranz gegen Nazis!

2010 und 2011 hatten die Staatsschutzbehörden aus Bund und Ländern alles dafür getan, den antifaschistischen Protest zu kriminalisieren. Sie stellten friedliche Blockaden als Straftaten dar, hoben die Immunität zahlreicher LINKEN-Abgeordneten auf – darunter die von des beiden Fraktionsvorsitzenden unser Landtagsfraktion Janine Wissler und Willy van Ooyen – ließen die Büros des „Dresden nazifrei“ Bündnisses durch SED-Einheiten stürmen, verfolgten Fahnenträger mithilfe des Vorwurfs des Schweren Landfriedensbruchs und mindestens 40 Menschen mithilfe des § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung). In einer Funkzellenabfrage sammelten sie rechtswidrig mehr als eine Millionen Verbindungsdaten und 50.000 Bestandsdaten. So richtete sich der Protest in diesem Jahr auch gegen die Sammel- und Verfolgungswut gegen den antifaschistischen Protest.

Im Namen des Kreisvorstandes der LINKEN Frankfurt bedanken wir uns bei allen, die die letzten drei Jahre keine Mühe und Fahrtkosten gescheut haben, aber auch bei allen, die durch ihre Spende anderen die Fahrt erst ermöglicht haben. Für uns alle war dieser 18. Februar 2012 ein Tag der Entschädigung für alle Anstrengungen und Strapazen. Sogar das Wetter hat dieses Mal mitgespielt.

Aber unser Kampf muss weitergehen. Unsere Solidarität gehört dem Menschen, die in Leipzig, Gera, Worms und anderswo am vergangenen Wochenende Aufmarschversuche der Nazis verhinderten.

Lasst uns weiter für ein nazifreies Deutschland kämpfen!

Volkhard Mosler ((Kreisvorstandsmitglied DIE LINKE)

30. MÄRZ 2023

# Das erste Jahrzehnt

Die AfD hat das Lager rechts der CDU geeint. Als nächstes will sie die Union zerstören.



»Nun gibt es zwar Versuche, die Kategorie ›Rasse‹ wieder sagbar zu machen, parallel dazu hat sich jedoch ein alternatives, sehr viel geschickteres Konzept etabliert: Der Ethnopluralismus.«

Illustration: Marie Schwab

# A

Is sich Friedrich Merz im November 2018 zum ersten Mal um den CDU-Vorsitz bewirbt, setzt er sich ein ambitioniertes Ziel. Gegenüber der *Bild* sagt Merz, er wolle die AfD

»halbieren«, also die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler für die CDU zurückgewinnen. Die AfD, zu diesem Zeitpunkt gut fünf Jahre alt, steht bei etwa 15 Prozent. Auf ziemlich genau diesen Wert kann sie auch heute, weitere fünf Jahre später, bauen.

Beim offiziellen Gründungsparteitag der AfD im April 2013 quetschen sich mehr als tausend Menschen in einen überfüllten Hotelsaal. Sie applaudieren einem Wirtschaftsprofessor, der nicht zuletzt mit Blick auf die CDU von »Altparteien« spricht und für ein Deutschland plädiert, das weniger EU wagt, dem Markt weitgehend das Feld überlässt und gesellschaftspolitisch alles wieder ein bisschen biederer angeht.

An die Spitze der AfD werden an diesem Tag neben dem Wirtschaftsprofessor eine Chemikerin und ein früherer Journalist gewählt. Bernd Lucke, Frauke Petry und Konrad Adam haben die Partei inzwischen verlassen.

862 Seiten mit illustren Figuren von **A** wie **Adler** über **M** wie **Marx** bis **Z** wie **Zetkin**.



ANZEIGE



**Nichts für alle** Patrick Schreiner

Wie Politik und Wirtschaft uns den Sozialstaat kündigen Brumaire

Premiere am **08.05.** in Berlin

Mit **Patrick Schreiner**, **Wolfgang M. Schmitt** und **Pauline Jäckels**



**Unser Sozialstaat steht auf der Kippe:** Es mangelt an Geld, Personal und Wertschätzung. Die Politik muss handeln. Denn nur Reiche brauchen keinen Sozialstaat.

Zehn Jahre nach ihrer Gründung hat sich das Gesicht der Partei radikal gewandelt: Dominiert in der Anfangszeit die konservative EU-Kritik, ist die AfD heute in weiten Teilen eine rechtsradikale Partei. Und doch gibt es eine Konstante zwischen der ursprünglichen und der aktuellen AfD: Sie ist von Beginn an eine Sammlungspartei, die das Spektrum rechts von Union und FDP einengen will. Zusammengetragen hatten sich anfangs neben der ordoliberalen Strömung um einige Dutzend Wirtschaftsprofessoren ein nationalkonservatives Netzwerk aus Adligen, christlichen Fundamentalistinnen und Antifeministen.

Bereits kurze Zeit nach der Gründung formiert sich eine dritte Strömung: ein völkischer Flügel, der eng mit der selbsternannten Neuen Rechten verknüpft ist – einer Denkschule zur Restauration rechten Denkens, die sich in den 1960er Jahren gebildet hat. Seine Kernideologie ist ein völkischer Nationalismus, der unter »Volk« eine ethnisch homogene Gemeinschaft versteht und die Wirklichkeit diesem Ideal gleichmachen will.

Trotz aller Machtkämpfe, Abspaltungen und Häutungen sind in der AfD noch immer diese drei Strömungen tonangebend. Das bringt innere Widersprüche mit sich, denn Ordoliberales, Nationalkonservatives und Völkisches trennt Substantielles. So gibt es bezüglich Wirtschafts- und Sozialpolitik oder Geopolitik sehr unterschiedliche Positionen. Ein weiterer Streitpunkt, um den sich die meisten Macht- und Richtungskämpfe der AfD seit ihrer Gründung drehen, ist ein strategischer: Während eine Mehrheit der Akteure der nationalkonservativen wie der ordoliberalen Strömung eine taktische Mäßigung und einen parlamentsorientierten Ansatz vorzieht, setzt ein Großteil des völkischen Flügels auf einen bewegungsorientierten, fundamentaloppositionellen Kurs.

Dennoch ist es der AfD immer gelungen, eine existenzgefährdende Spaltung zu verhindern, sich auf den Projektcharakter der Partei zu besinnen und die gemeinsame weltanschauliche Klammer im Blick zu behalten: die Ideologie der Ungleichheit.

## Alte Plörre in neuen Schläuchen

Nach jahrelangen, zum Teil sehr heftig geführten Macht- und Richtungskämpfen hat inzwischen die völkisch-nationalistische Strömung in der AfD die Führung

übernommen. Die Partei ist damit effektiv der parlamentarische Arm des deutschen Rechtsradikalismus – allerdings eines modernisierten Rechtsradikalismus.

Diese Modernisierung ist zunächst einmal inhaltlicher Art. Man orientiert weiterhin auf eine Homogenität des Volkes, macht diese aber nicht mehr anhand genetischer Kriterien fest – wohlwissend, dass mit der Niederlage der Nazis pseudobiologische Rasse-Konzepte etwas in Verruf geraten sind. Nun gibt es zwar Versuche, die Kategorie »Rasse« wieder sagbar zu machen, parallel dazu hat sich jedoch ein alternatives, sehr viel geschickteres Konzept etabliert: Der Ethnopluralismus trägt der gesellschaftlichen Kritik an genetisch verstandenem Rassismus zwar Rechnung, kommt aber mithilfe von anthropologischen, ethnologischen und psychologischen Argumenten zu ähnlichen Schlüssen: Verschiedene Völker dürften zwar nebeneinander leben, sollten sich aber lieber nicht vermischen, sondern »rein« gehalten werden.

**»Alexander Gauland meint mit Blick auf Fußballspieler mit Migrationsgeschichte, die deutsche Nationalmannschaft sei nicht mehr ›im klassischen Sinne‹ deutsch, denn er unterscheidet ›Passdeutsche‹ von ›richtigen Deutschen‹.«**

Der Begriff des Ethnopluralismus stammt aus den 1970er Jahren. Damals liefert Henning Eichberg, ein nationalrevolutionärer Vordenker, mit seinem Konzept ethnisch weitgehend homogener Gesellschaften zugleich eine Absage an den Universalismus der Linken und eine im Vergleich zum aggressiven Ethnozentrismus der Nazis harmloser wirkende Neuformulierung rassistischer Prämissen. Der Ethnoplura-

lismus prägt das rechtsradikale Spektrum in Europa bis heute. Er ist grundlegend für Intellektuelle der Neuen Rechten wie auch für faschistische und rechtsradikale Strömungen in Frankreich, Italien und Spanien.

In Deutschland wird der Ethnopluralismus nicht nur stark von der Identitären Bewegung aufgegriffen, sondern auch von AfD-Politikern. Hans-Thomas Tillschneider, Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, bezieht sich in einem programmatischen Beitrag aus dem September 2018 positiv auf den Begriff. Ethnopluralismus sei das »Leitmotiv des AfD-Programms«. Man setze sich »auf allen Gebieten dafür ein, die ethnokulturelle Einheit, die sich deutsches Volk nennt, zu erhalten«. Diese Ideologie scheint auch dann durch, wenn der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland mit Blick auf Fußballspieler mit Migrationsgeschichte meint, die deutsche Nationalmannschaft sei nicht mehr »im klassischen Sinne« deutsch, oder wenn zwischen »Passdeutschen« und »richtigen Deutschen« unterschieden wird. Nicht nur diskursiv, auch programmatisch steht die völkisch-nationalistische Strömung in der AfD letztlich für eine Art ethnisch gegliederten Apartheidsstaat, in dem soziale Rechte und Teilhabe an die Herkunft gebunden sind.

Neben dieser inhaltlichen Modernisierung lässt sich in den zehn Jahren Parteigeschichte der AfD auch eine strategische Modernisierung des deutschen Rechtsradikalismus beobachten. Die AfD fungiert längst nicht mehr nur als Partei, sondern bildet ein Element unter vielen in einem rechtsradikalen politischen Projekt, das auch rechte Bürgerinitiativen, rechtsradikale Medien, Burschenschaften, Institute und Subkulturen umfasst. Besonders die Strategen der völkisch-nationalistischen Strömung zielen nicht nur auf Wählerstimmen, sondern kämpfen auch um Begriffe und um die Straße.

Den Kampf um die Wählerstimmen im rechtsradikalen Lager hat die AfD eindeutig gewonnen. Sie konnte in fast allen Klassen und gesellschaftlichen Milieus hinzugewinnen, während die NPD und andere rechtsradikale Parteien weitgehend in der Bedeutungslosigkeit versunken sind oder sich aufgelöst haben.

Vom Parlamentarismus hält insbesondere der völkisch-nationalistische Flügel in der AfD herzlich wenig. Die AfD soll laut Björn Höcke, dem Kopf der Völkischen in der Partei, die »Stimme der Bewegung« in den Parlamenten sein. Das Parlament wird vor allem als Bühne verstanden, um die eigenen Positionen in Szene zu setzen. Es geht

dabei um mehr als nur Parlamentsarbeit – in einem Interviewband sagt Höcke mit Blick auf die strategische Ausrichtung: »Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen. Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, daß wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen.«

Beim Kampf um die Begriffe geht es um die kulturelle Hegemonie, um »Meta-Politik«. Das metapolitische Konzept ist in Anlehnung an die Strategie der Neuen Linken nach 1968 in Frankreich entwickelt worden. Demnach stehen nicht mehr Wahlen und Parteien im Zentrum rechter Politik, sondern der vorpolitische Raum, der Kampf um Deutungen und Denkweisen. Götz Kubitschek vom Institut für Staatspolitik (IfS), einer Kaderschmiede der deutschen Neuen Rechten, empfiehlt für den rechten Kulturkampf drei Diskursstrategien:

Erstens müsse die Rechte die Grenzen des Sagbaren durch gezielte Provokationen erweitern. Dazu gelte es, »in Grenzbereichen des gerade noch Sagbaren und Machbaren provozierend vorzustößen«. Diese Strategie des kalkulierten Tabubruchs wendet die AfD seit ihrer Gründung an, womit es ihr insbesondere in den Anfangsjahren gelingt, die politischen Debatten zu dominieren.

Zweitens hat die Rechte »Verzahnung« zu praktizieren, mit dem Ziel, »die feindliche Artillerie am Beschuß zu hindern«. Man solle die eigenen Truppen mit denen des Gegners verzahnen, damit dieser nie genau wisse, »ob er nicht auch die eigenen Leute trifft, wenn er feuert«. Praktisch bedeutet dies etwa, einem CDU-Politiker zuzustimmen, wenn er sich von sogenanntem Linksextremismus oder der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung abgrenzt.

Drittens empfiehlt Kubitschek »Selbstverharmlosung«. Man müsse versuchen, »die Vorwürfe des Gegners durch die Zurschaustellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren und zu betonen, daß nichts von dem, was man fordere, hinter die zivilgesellschaftlichen Standards zurückfalle«. In Wirklichkeit sei man ja gar nicht so schlimm, man sei ja auch gegen Gewalt, für das Grundgesetz und für Demokratie. Man müsse allerdings aufpassen, es mit der Selbstverharmlosung nicht zu übertreiben.

Zu dem Kampf um die Wählerstimmen und dem Kampf um die Köpfe kommt noch der Kampf um die Straße. Hier gelingt es der AfD immer wieder, die Brücke zu rechten Straßenmobilisierungen wie Pegida in Dresden zu schlagen. Vorläufiger Höhepunkt der Strategie, die AfD als führende Kraft einer rechtsradikalen Bewegung zu etablieren, ist eine Demonstration in Chemnitz am 1. September 2018, auf der AfD-Spitzenpersonal Schulter an Schulter mit den Galionsfiguren von Pegida, mit Identitären und Neonazis aus Kameradschaften marschiert. Mit dieser Demonstration präsentiert sich die AfD erstmals offensiv als führende Kraft einer rechten Einheitsfront, die die Kampfansage auf der Straße mit der parlamentarischen Arbeit verknüpft.

## Rechtes Mosaik unter Spannung

2020 und 2021 sind für den völkischen Flügel und die AfD schwere Jahre: In den Umfragen stagniert die Partei bei 10 Prozent, der Verfassungsschutz nimmt sie offiziell in den Blick, in den internen Auseinandersetzungen können die Gegnerinnen und Gegner des Flügels ein paar Geländegewinne erzielen. Das alles sorgt für Nervosität, einige wenden sich ab. Manchen scheint es, als würde sich das »eherne Gesetz der Oligarchie« des zunächst linken und später faschistischen Parteienkritikers Robert Michels bestätigen, demzufolge Parteien eine Tendenz dazu hätten, Bürokratien und Machteliten zu entwickeln und im Laufe der Zeit an Dynamik zu verlieren.

Zeitweise droht der AfD der Kampf um die Straße zu entgleiten. Während der Corona-Proteste verliert sie den Nimbus als Avantgarde-Partei der rechten Bewegung in einigen ostdeutschen Gebieten an die Gruppierung Freie Sachsen. Man diagnostiziert, die AfD investiere zu wenig in den Aufbau eines Vorfelds, gebe zu wenig an die Bewegung weiter. Inzwischen wird dem Zusammenspiel zwischen Partei und Bewegungsakteuren mehr Aufmerksamkeit gewidmet, etwa mit dem Begriff der »Mosaik-Rechten«, das Benedikt Kaiser vom IfS in Anlehnung an das Konzept der »Mosaik-Linken« des Gewerkschafters Hans-Jürgen Urban geprägt hat. Die Idee: Alle Rechten arbeiten im Grunde an einem gemeinsamen politischen Projekt, sollen sich aber in ihren jeweiligen Bereichen genügend Raum lassen: die Partei, eine Zeitschrift, eine Jugendgruppe, Künstlerinnen, Studentenverbindungen, rechte

Hooliangruppen. In einer vielgestaltigen modernen Gesellschaft wie der bundesdeutschen brauche es eine vielgestaltige politische Rechte.

**» ›Vollende die Wende‹, lautet ein in Ostdeutschland häufig genutzter Slogan der AfD. Die Botschaft: Damals ging es gegen die SED-Bonzen der DDR, heute gegen das Establishment der Bundesrepublik. «**

Wichtiger Bezugspunkt für die AfD und den völkischen Flügel sind die ostdeutschen Bundesländer. Dort steht die Partei seit einigen Jahren in Umfragen zwischen 20 und 25 Prozent. In Ostdeutschland gelingt es der AfD, mit Anti-Establishment-Rhetorik zu punkten. Das geringere Vertrauen der Menschen in die Institutionen des Staates ist nicht nur, aber auch darauf zurückzuführen, dass sich im Zuge des Beitritts der neuen Bundesländer zur BRD für die Ostdeutschen binnen kurzer Zeit vieles zum Negativen verändert hat: Quasi über Nacht musste das einstige Industrieproletariat mit einem forcierten Strukturwandel, gezielter Deindustrialisierung und damit einhergehender Massenarbeitslosigkeit zurechtkommen. Was sich in ehemaligen Industrieregionen wie dem Ruhrgebiet über Jahrzehnte vollzogen und trotz staatlicher Abfederungen zu Verwerfungen im Sozialgefüge geführt hat, spielte sich Anfang der 1990er Jahre auf dem Gebiet der ehemaligen DDR innerhalb von Wochen ab. Statt der versprochenen blühenden Landschaften gab es Industrieruinen, statt Hoffnungen weitgehend Tristesse.

Die Bindungen der Bevölkerung an die Ideologien und Institutionen der alten Bundesrepublik mussten in Ostdeutschland also nicht erst mit der Zeit schwächer werden; sie waren hier ohnehin nie besonders ausgeprägt. Anders als in Westdeutschland befinden sich weite Teile Ostdeutschlands seit dreißig Jahren in

einer permanenten Hegemoniekrise, in der die politisch führenden und ökonomisch herrschenden Klassen die Massen nicht erreichen und der gesellschaftliche Konsens nicht mehr hergestellt werden kann. Die Wahlbeteiligung ist in den ostdeutschen Bundesländern deutlich niedriger als im Westen, ebenso der Anteil der Mitglieder in Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen.

So konnten AfD und Co. vor allem in ländlichen Regionen in ein Hegemonie-Vakuum stoßen, auch weil es den Rechten gelang, sich als Kümmerer für die Belange Ostdeutscher in Szene zu setzen. Sie knüpfen dabei bewusst an die Wendeerfahrungen an: »Vollende die Wende«, lautet ein in Ostdeutschland häufig genutzter Slogan der AfD. Die Botschaft: Damals ging es gegen die SED-Bonzen der DDR, heute gegen das Establishment der Bundesrepublik.

## Parlamentarischer Arm der Gewalt

Als parlamentarische Vertretung des modernisierten Rechtsradikalismus versucht sich die AfD im Rahmen ihrer Strategie der Selbstverharmlosung von Gewalt zu distanzieren. Trotz aller formaler Abgrenzungen gibt es dennoch Verbindungen auch zu potenziell gewalttätigen Zusammenhängen.

Ein Beispiel: Unter den 25 Personen, die bei der sogenannten Reichsbürger-Razzia im Dezember 2022 verhaftet wurden, war bekanntlich auch eine Berliner Richterin, die bis zur Wahl von 2021 als Abgeordnete für die AfD im Bundestag saß. Die Vereinigung, die sich als Patriotische Union bezeichnete, soll geplant haben, den Bundestag mit Waffengewalt zu stürmen und eine selbst gebildete Regierung zu installieren.

Ein zweites Beispiel: Im Juni 2019 erschoss Stephan Ernst den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke von der CDU. Ernst unterstützte vorher die AfD, nahm an ihren Veranstaltungen teil, spendete Geld an die Partei und half 2018 bei ihrem Landtagswahlkampf in Hessen, hängte Plakate, besuchte Stammtische.

Und ein drittes Beispiel: In Henstedt-Ulzburg in Schleswig-Holstein fuhr im Oktober 2020 ein damaliges AfD-Mitglied am Rande einer Parteiveranstaltung mit einem SUV in die antifaschistische Gegendemonstration. Die Opfer wurden zum Teil schwer

verletzt. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Fahrer vor, die Protestierenden »mit bedingtem Tötungsvorsatz« angefahren zu haben.

Das sind die offensichtlichsten Fälle, in denen eine Verbindung zwischen der AfD und rechter Gewalt deutlich wird. Hinzu kommen schwer direkt nachweisbare Fälle, in denen sich Gewalttäter durch die rechtsradikale Propaganda angestachelt sehen, den vermeintlichen Volkswillen, den die AfD formuliert, in die Tat umzusetzen.

Doch weder diese Verbindungen noch die fortwährende Rechtsentwicklung der Partei oder ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz hat der AfD substantiell geschadet. Zehn Jahre nach ihrer Gründung hat sich die Partei etabliert, sitzt in fast allen Landtagen, hat hunderte Abgeordnete und noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hoffnungen, die AfD würde an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen, haben sich nicht erfüllt – und werden sich voraussichtlich auch in Zukunft nicht erfüllen. Anders als etwa die Linkspartei schafft es die AfD, ihre grundlegenden internen Meinungsverschiedenheiten zu bearbeiten, teilweise sogar produktiv zu nutzen. Streitigkeiten laufen inzwischen relativ geräuschlos hinter den Kulissen ab.

Nach dem letzten Bundesparteitag in Riesa im Juni 2022 sind die Kräfteverhältnisse bis auf weiteres geklärt: Man kommt an dem völkischen Flügel nicht mehr vorbei. Die gesellschaftliche Linke muss sich nun erst recht auf mindestens zehn weitere Jahre AfD einstellen.

Nichtsdestotrotz steht die AfD vor einem strategischen Dilemma: Auf absehbare Zeit werden aller Voraussicht nach die anderen Parteien nicht mit ihr koalieren – auch in ostdeutschen Bundesländern, wo die AfD besonders stark und die CDU in ihrer Abgrenzung besonders schwach ist, dürfte mittelfristig keine Koalition infrage kommen. Rechte Kräfte in der CDU, die dergleichen anbahnen wollen, werden dafür bisher hart gerügt. Nachdem es Ende 2020 im Landtag von Sachsen-Anhalt mutmaßlich zu Gesprächen zwischen Abgeordneten der CDU und der AfD über die Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung kommt, muss der solchen Ideen offenbar aufgeschlossene CDU-Innenminister Holger Stahlknecht seinen Posten räumen.

Dass eine Koalition zum jetzigen Zeitpunkt sehr unwahrscheinlich ist, kommt den Vorkämpfern des völkischen Flügels entgegen, denn sie streben überhaupt nicht an, mit der CDU zusammenzuarbeiten. Ihr Vorbild ist Italien, wo es der extremen Rechten gelungen ist, die etablierten konservativen Parteien so unter Druck zu setzen, dass diese weitgehend erodiert sind. Das ist die langfristige Perspektive der Völkischen: die Zerstörung der CDU. Allenfalls dürfte sich eine geläuterte, stark dezimierte und deutlich nach rechts verschobene CDU als Juniorpartnerin empfehlen. Dass das so bald nicht passieren wird, weiß auch die AfD. Ihre Köpfe denken in größeren Dimensionen und langfristiger. Geht es nach den völkisch-nationalistischen Strategen, waren die ersten zehn Jahre nur der erste Schritt.

